



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg
Postfach 103439 • 70029 Stuttgart

Elektronischer Versand:

An alle Gasnetzbetreiber in der
Zuständigkeit der LRegB Baden-Württemberg

Nachrichtlich:
VfEW Baden-Württemberg e.V.
VkU Landesgruppe Baden-Württemberg

Stuttgart 08.08.2012

Name v. Fritsch

Durchwahl 0711 123-2059

E-Mail thomas.freiherrvonfritsch@
um.bwl.de

Aktenzeichen 6-4455.5

(Bitte bei Antwort angeben!)

 Rundschreiben 2012-06

Abschaltbare Gasnetzanschlussverträge

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft als Landesregulierungsbehörde (LRegB) hat im Juni d.J. mit Vertretern der Branche verschiedene Aspekte der Einbeziehung von abschaltbaren Verträgen im Sinne von Sondernetznutzungsentgelten erörtert.

Die LRegB Baden-Württemberg sieht in Analogien zu den Vorschriften der §§ 14a EnWG, 19 Abs. 2 StromNEV im Hinblick auf die Bestimmungen im § 16 Abs. 1 Nr. 2 EnWG eine hinreichende Rechtsgrundlage, um über individuelle Einzel- oder eine Allgemeinfestlegung im Sinne des § 30 Abs. 2 Nr. 8 GasNEV Sondernetznutzungsentgelte Gas bei abschaltbaren Netzanschlussverträgen zu gestatten.

Hiermit werden die Gasnetzbetreiber gebeten bereits jetzt aktiv zu sondieren, welche Gasnetzkunden in ihrem Verteilnetz bereit sind, solche Verträge im Rahmen der nachstehenden Grundsätze ab 1.1.2013 mit hinreichender Verbindlichkeit zu schlie-

25
Jahre

UMWELTMINISTERIUM
Unterwegs in Sachen Zukunft

Kernerplatz 9 · 70182 Stuttgart (VVS: Staatsgalerie) · Hauptstätter Str. 67 · 70178 Stuttgart

Theodor-Heuss-Str. 4 · 70174 Stuttgart

Telefon 0711 126-0 · Telefax 0711 126-2881 · poststelle@um.bwl.de

www.um.baden-wuerttemberg.de · www.service-bw.de



ßen. Ziel sollte sein, bei der anstehenden Netzentgeltbildung zum 15.10.2012, die daraus sich ergebenden Sondernetznutzungsentgelte bereits einzubeziehen. Insbesondere Gasnetzkunden mit Alternativen zum Erdgaseinsatz oder anderen Steuerungsmöglichkeiten bei ihren betrieblichen Abläufen sind die ideale Zielgruppe. Sie müssen wissen, dass die Unterbrechungszeit unter Umständen auch zeitlich zusammenhängend erfolgen kann.

Grundsätze:

1. Abschaltbare Verträge müssen die Versorgungssicherheit stärken und können auch zur angemessenen Optimierung von Lastspitzen aus dem Vornetz eingesetzt werden. Mitnahmeeffekte sind zu vermeiden.
2. Die Verträge sind im Prinzip vom NB mit den Gasnetz(end)kunden abzuschließen. Im Gegenzug wird die Bereitschaft zur Abschaltung über einen Nachlass beim Leistungspreis vergütet, soweit zur Erreichung der o.g. Ziele und nach einem diskriminierungsfreien und die Belange der Vertragspartner berücksichtigenden System der Abschaltung sie im Bedarfsfall erforderlich ist.. Entsprechendes gilt bei der Einräumung von Nachlässen; abschaltbare Lasten sollen 10% der Jahreshöchstleistung (JHL) des NB, in begründeten Ausnahmefällen 15% der JHL (Stand 2010) in Summe nicht überschreiten.
3. Sie sind regulatorisch nur in die Verprobungen einzubeziehen, wenn sie von der LRegB genehmigt worden sind (§ 19 StromNEV analog). Bereits bestehende Verträge können ab 1.1.2012 berücksichtigt werden, wenn sie (nachträglich) von der LRegB genehmigt worden sind; soweit sie nicht bereits in der Verprobung berücksichtigt wurden; ein Ausgleich findet über das Regulierungskonto statt.
4. Nachlässe können nur abschaltbare Kunden erhalten ab einem Umfang (Angebot) von 250 kW und nur wenn eine RLM-Schaltung vorhanden ist.
5. Der Nachlass beträgt ausgehend vom Leistungspreis lt. Preisblatt:

40%	bei einer vereinbarten Abschaltdauer „bis zu max.24h/a
50%	bei einer vereinbarten Abschaltdauer „bis max. 72h/a“
60%	bei einer vereinbarten Abschaltdauer „bis max. 168h/a“
80%	bei einer vereinbarten Abschaltdauer „ab 168h/a“

entsprechend des vereinbarten abschaltbaren Lastumfangs.
6. Seitens des VfEW wird in Abstimmung mit der LRegB noch ein für alle verwendbares Vertragsmuster zur Vereinbarung abschaltbarer Lasten entwickelt.

Soweit NB dann davon abweichen wollten, sind markante inhaltliche Abweichungen der LRegB im Genehmigungsverfahren kenntlich machen.

Weitere Einzelheiten werden Ihnen noch bis Mitte September, auch in Zusammenarbeit mit der Branche, mitgeteilt. Angestrebt wird von der LRegB, dass zusammen mit dem Vertragsmuster Vorschläge erarbeitet werden, die im unumgänglichen Bedarfsfall einen vertretbares (gerechtes) Abschaltscenario beispielhaft beschreiben.

Mit freundlichen Grüßen

v. Fritsch